ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Kuntze, Oscar-Erich

Article

Norwegen: Konjunktur bald wieder am Rande der Überhitzung?

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Kuntze, Oscar-Erich (2002) : Norwegen: Konjunktur bald wieder am Rande der Überhitzung?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 55, Iss. 16, pp. 45-51

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/163818

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Norwegen: Konjunktur bald wieder am Rande der Überhitzung?

Oscar-Erich Kuntze

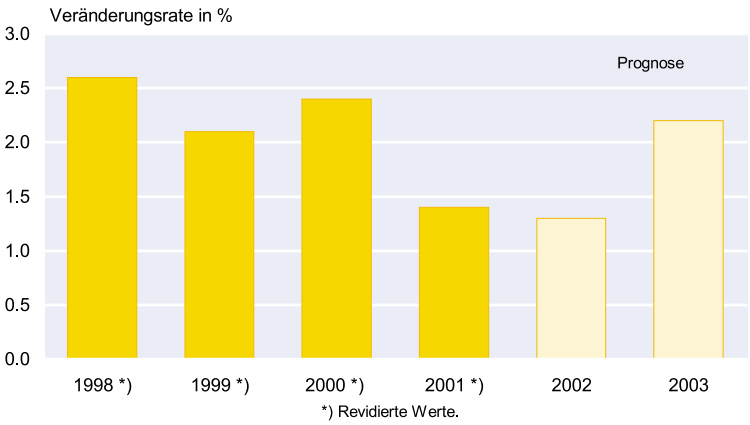
Weltwirtschaftliche Flaute 2001 glimpflich überstanden. Allmähliche konjunkturelle Erholung 2002. Wirtschaft 2003 wieder am Rande der Überhitzung? Expansive Finanzpolitik mit neuen Budgetregeln und zusätzlichen Steuersenkungen. Geldpolitik bremst. Markante Lohnerhöhungen und Wechselkurs der Krone als Konjunkturrisiken. Preisanstieg 2002 durch Sondereffekte sehr schwach. Arbeitsmarktreserven fast ausgeschöpft. Nach wie vor sehr hohe Überschüsse der Leistungsbilanz.

Das politische und soziale Umfeld wurde seit Herbst 2001 von dem Ergebnis der Parlamentswahlen, der Aufnahme der Regierungsarbeit durch das neue, von der rechtspopulistischen Fortschrittspartei gestützte Minderheits-Kabinett Bondevik sowie von den Konsolidierungsversuchen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei geprägt. Beachtung verdient auch das völlige Entgleisen der Einkommenspolitik in den Lohntarifverhandlungen Anfang 2002.

Aus den Parlamentswahlen vom September 2001 resultierte nicht nur die größte bisher registrierte Zersplitterung des Storting, sondern mit dem durcheinandergewirbelten Parteienspektrum auch eine markante politische Wende. Die Sozialdemokraten, während des vorigen Jahrhunderts die dominierende politische Kraft, erlitten ihre schwerste Niederlage seit 1991 und kamen nur noch auf einen Stimmenanteil von 24,4%. Gewinner waren die Sozialistische Linkspartei sowie die konservative Höyre. Die Christliche Volkspartei konnte ihren Stimmenanteil knapp halten. Die bisherige sozialdemokratische Minderheitsregierung wurde durch eine der rechten Mitte zuneigende Regierung unter dem populären Premierminister Bondevik abgelöst. Dieser gehören seine Christliche Volkspartei, die konservative Höyre und die kleine liberale Venstre an. Sie kann sich allerdings nur auf 62 der 165 Storting-Abgeordneten stützen; Minderheitsregierungen sind wie in Dänemark und Schweden auch in Norwegen seit langem zur Norm geworden. Sie sucht parlamentarische Unterstützung bei der rechtspopulistischen Fortschrittspartei (Fremskrittspartiet). Dadurch wird der regierungsinterne Balanceakt nicht leichter. Denn in zahlreichen Punkten divergieren die Standpunkte der Koalitionäre, was vor allem für die in der Koalitionsvereinbarung tabuisierte Frage der norwegischen EU-Mitgliedschaft (Christliche Volkspartei dafür, Höyre dagegen) gilt. Erschwerend kommt jetzt hinzu, dass die Fortschrittspartei, neuesten Umfragen zufolge, auf die Unterstützung von etwa einem Viertel der Wähler zählen kann und damit zur stärksten politischen Formation geworden ist; bei den letzten Parlamentswahlen hatte sie 14,7% der Stimmen erhalten. Ihre Popularität stieg fast analog zur Verdoppelung der Asylanträge, was die Ablehnung der Zuwanderung von Nicht-Europäern durch einen erheblichen Teil der Bevölkerung reflektiert.

Die über Generationen hinweg staatstragende sozialdemokratische Arbeiderparti durchläuft eine schwere Krise. Sie kann sich, Umfragen zufolge, jetzt nur noch auf 15% der Stimmberechtigten stützen. Damit ist sie innerhalb der Linken sogar deutlich hinter die Sosialistisk Vensterparti zurückgefallen. Nach der verlorenen Wahl erschöpfte man sich zunächst in Schuldzuweisungen, die dann in einen Machtkampf zwischen den beiden ehe-

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

maligen Ministerpräsidenten, dem vom linken Parteiflügel und den Gewerkschaften gestützten Traditionalisten Jagland und dem als Erneuerer geltenden Stoltenberg um den Parteivorsitz einmündeten. Jagland wird den Vorsitz im November 2003 an Stoltenberg abgeben, der zur traditionellen Parteilinie zurückkehren will, mit mehr sozialer Gerechtigkeit und breit abgestützten gesellschaftlichen Lösungen als Schwerpunkte. Ob die Sozialdemokraten auf diesem Wege innert absehbarer Zeit innerlich gesunden, ist äußerst fraglich. Denn der Riss zwischen den beiden Lagern ist noch nicht gekittet, und die Probleme könnten sogar noch größer werden, falls die Frage des norwegischen EU-Beitritts, in der die Partei nach wie vor tief gespalten ist, wieder ernstlich diskutiert würde. Eine Rückkehr zur politischen Dominanz erscheint auch auf längere Sicht ausgeschlossen.

Mit den im Frühjahr 2002 erfolgten Tarifabschlüssen für den privaten Sektor und für die öffentlich Bediensteten ist eine seit Mitte der neunziger Jahre die Tarifpartner mit dem Staat verbindende korporativistische Klammer endgültig obsolet geworden. Und es ist nicht zu sehen, wie die nötige Mäßigung in diesem traditionell konsensual orientierten Land auf antagonistischem Wege ohne schwere politische und volkswirtschaftliche Reibungsverluste gelingen soll.

In der Wirtschaftspolitik hat sich mit der Regierung Bondevik der Spagat zwischen der auf Steuersenkungen und damit expansiv ausgerichteten Finanzpolitik und der auf Preisstabilisierung verpflichteten Geldpolitik akzentuiert. Verstärkt wird dieser durch die von Norwegen kaum zu beeinflussenden Volatilitäten des Wechselkurses der Krone sowie des international in US-Dollar notierten Ölpreises (und damit des Gaspreises). Die Diskrepanz der wirtschaftspolitischen Ausrichtungen könnte bald sehr problematisch werden, wenn es darum geht, den Lohnauftrieb energisch zu bremsen.

Wirtschaftsentwicklung 2001

Die weltwirtschaftlichen Rahmendaten stellten sich wie folgt dar: In den Vereinigten Staaten erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,2%. In Japan gingen Nachfrage und Produktion um 0,5% zurück. In Mitteleuropa expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 2,6%. In Westeuropa nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7% zu; in der EU stieg es ebenso stark, während es im Euro-Raum um 1,6 und in Deutschland um 0,6% ausgeweitet wurde. Der Einfuhrpreis für Rohöl betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 24,40 US-Dollar pro Barrel; das sind ungefähr 14% weniger als im Jahr davor. Industrierohstoffe (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Vorjahr auf Dollarbasis um rund 7%. Der Wechselkurs des Euro betrug im Schnitt des Jahres 0,90 US-Dollar; 2000 waren es 0,92 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels hat gegenüber 2000 annähernd stagniert.

Norwegen hat die weltwirtschaftliche Flaute trotz leicht bremsender Wirtschaftspolitik glimpflich überstanden. Der jüngst revidierten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zufolge ist das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,4% gestiegen, nach 2,4% im Jahre 2000 – der Rückgang ist geringer als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern. Anders als in diesen haben Nachfrage und Produktion während des ersten Halbjahrs annähernd stagniert, gefolgt von einer Erholung bereits im zweiten Semester. Während zunächst die Ausfuhr vor allem von Öl und Gas dämpfend wirkte, brachen im Sommerhalbjahr die Bruttoanlageinvestitionen ein. Der private Konsum nahm im Verlauf verlangsamt zu und sank gegen Jahresende etwas. Die Beschäftigung erhöhte sich tendenziell weiter bei nach wie vor angespannter Lage auf dem Arbeitsmarkt. Der Preisauftrieb hörte Mitte des Jahres auf. Die Leistungsbilanz wies neuerlich ein sehr hohes Aktivum aus.

Der private Konsum nahm um 2,5% zu, obwohl zu Jahresbeginn nach der vorjährigen Stagnation kein Überhang bestand. Nach starkem Anstieg im ersten Quartal nahm die Dynamik sukzessive ab und mündete gegen Jahresende als Reflex der unsicheren weltwirtschaftlichen Situation in einen geringen Rückgang. Weiter langsam steigende Beschäftigung bei fast leergefegtem Arbeitsmarkt sowie deutlich erhöhte Reallöhne wirkten stimulierend. Die Sparquote blieb im Vorjahresvergleich annähernd stabil, nahm jedoch im späteren Verlauf des Jahres zu. Der öffentliche Verbrauch erwies sich als stabilste Nachfragekomponente. Er expandierte, während des Jahres stetig und spürbar steigend, um 2%, nach 1,2% im Jahr zuvor.

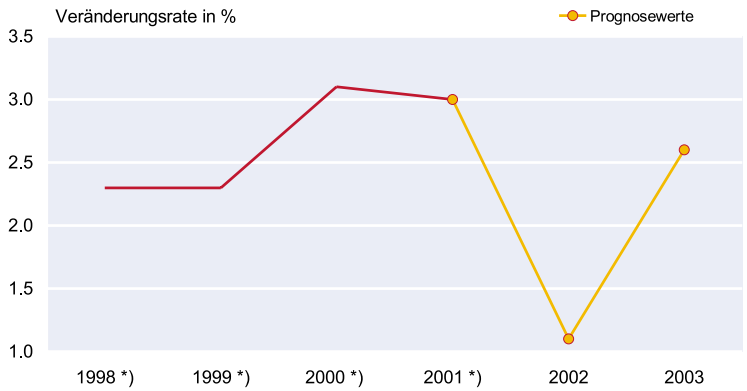
Die Bruttoanlageinvestitionen, das notorisch volatilste und am schwersten zu prognostizierende Nachfrageaggregat, sind um 4,6% gesunken, nachdem sie bereits 2000 um 1,5% zurückgegangen waren. Überproportional hatte die öffentliche Hand ihre Investitionen eingeschränkt in dem Bemühen, die überhitzte Konjunktur zu dämpfen. Der gewerbliche Bau wurde ebenfalls eingeschränkt, auch als Reaktion auf die Übersteigerungen der Vorjahre. Demgegenüber ist der Wohnungsbau nochmals erheblich ausgeweitet worden, wenn auch mit im Jahresverlauf fallender Tendenz. Insgesamt ergab sich für die Bauinvestitionen ein leichtes Minus. Die Ausrüstungsinvestitionen brachen hingegen kräftig ein. Hierzu trug die starke Drosselung im Erdöl- und Erdgassektor entscheidend bei. Aber auch auf dem Festland wurde weniger investiert als Folge der sinkenden Absatz- und Ertragserwartungen sowie der sich eintrübenden internationalen Konjunktur.

Die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen expandierte um 4,2 nach 2,9% im Jahre 2000. Zwar verloren die Erdöl- und Erdgaslieferungen etwas an Schwung, aber die sog. tradi-

tionellen Ausfuhren legten kräftig zu – sehr im Gegensatz zu den anderen Industrieländern und vor allem zu Finnland und Schweden, deren Warenexport besonders unter der internationalen Krise im in Norwegen relativ schwach ausgebauten IT-Bereich zu leiden hatte. Da der Import gegenüber 2000 stagnierte, erhöhte sich der Überschuss der Leistungsbilanz trotz deutlich verschlechterter Terms of Trade auf 233,4 Mrd. NOK, was 15,4% des BIP entspricht, gegenüber 15% im Jahre 2000.

Der Arbeitsmarkt blieb vielfach von Knappheitserscheinungen geprägt. Die Beschäftigung nahm mit 0,5% fast im Rhythmus des Vorjahres zu. Die Arbeitslosenquote schwankte im Verlauf nur wenig und belief sich im Schnitt des Jahres auf 3,6% (2000: 3,4%), was praktisch Vollbeschäftigung bedeutet.

Konsumentenpreise [a)]



a) Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)
*) Revidierte Werte.

Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Wie in den anderen westeuropäischen Ländern auch, war der Preisauftrieb im ersten Halbjahr sehr kräftig. Drastisch verteuerten sich Energie und Nahrungsmittel (witterungsbedingt sowie als Folge der Tierseuchen MKS und BSE). Zudem war per 1. Januar der Normalsatz der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt auf 24% heraufgesetzt worden. Das Ende dieses »Preisbuckels« wurde Mitte des Jahres erreicht. Im Sommer sanken die Preise zunächst spürbar und erhöhten sich anschließend nur wenig. Die Konsumentenpreise lagen um 3% über dem Niveau des Jahres 2000.

Wirtschaftspolitik

Die Wirkung der Wirtschaftspolitik auf die Konjunktur ist schwer zu beurteilen. Hierfür sorgen in erster Linie die auch noch 2003 unterschiedlichen Intentionen von Finanz- und Geldpolitik. Während die Notenbank eindeutig auf die Stabilisierung des Preisniveaus abstellt, ist die Finanzpolitik auf eine großzügigere Ausstattung der öffentlichen Dienste sowie auf die maximale Nutzung budgetärer Spielräume für Steuersenkungen, also auf einen expansiven Kurs ausgerichtet. Dieser entspricht dem Wunsch der Bevölkerung nach Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung (eine der höchsten in Europa) sowie nach Verbesserungen vor allem im Bildungs- und Gesundheitswesen. Die Beurteilung des Expansionsgrades – und das kompliziert die Sache zusätzlich – hängt gemäß den kürzlich eingeführten Regeln für den Staatshaushalt wesentlich von der auch nicht einigermaßen zuverlässig zu prognostizierenden Entwicklung vom Erdöl- (und damit auch Erdgas-) preis sowie vom Wechselkurs der Norwegischen Krone ab. Die Einkommenspolitik dürfte zunächst weiter auf Eis liegen. Insgesamt dürfte die Wirtschaftspolitik zunächst noch leicht expansiv, 2003 aber ungefähr konjunkturneutral wirken.

Die Geldpolitik wird die Konjunktur heuer erst wenig, 2003 aber stärker bremsen. Nachdem die Zentralbank 1999 zur Wechselkursstabilität gegenüber dem Euro als monetärem Zwischenziel zurückgekehrt war, ging sie im Mai 2001 zu einem Inflationsziel über: Auf mittlere Sicht sollen die Verbraucherpreise um 2,5% p.a. steigen. Dahinter steht die Vorstellung, dass der Wechselkurs der Krone gegenüber dem Euro am einfachsten stabil gehalten werden kann, wenn der Preisauftrieb in Norwegen etwa jenem im Euro-Raum gleicht. Da flankierende Unterstützung durch Finanz- und Einkommenspolitik fehlt, ist die Zentralbank mit dem Ziel Preisstabilisierung überfordert. Dies umso mehr, als die dem Ausland gegenüber sehr offene Wirtschaft extrem wechselkursabhängig ist und folglich de facto eine Doppelstrategie betrieben werden muss. Entsprechend massiv setzt sie die Zinspolitik ein. Bereits im Jahre 2000 war der Leitzins um 1,5 Prozentpunkte auf 7% heraufgesetzt worden, um den Lohnanstieg zur Vermeidung einer nachfrageinduzierten Inflationsbeschleunigung zu dämpfen. Im Schulterschluss mit den Notenbanken der anderen westlichen Industrieländer wurde der Schlüsselzins nach den Ereignissen vom September 2001 auf 6,5% zurückgeführt, im Juli 2002 jedoch wieder auf 7% erhöht; für Tagesgeld müssen die Geschäftsbanken seitdem einen auf 9% erhöhten Satz zahlen. Die Straffung der monetären Zügel erfolgte mit Blick auf die an der Kapazitätsgrenze arbeitende Wirtschaft und die aus dem Ruder gelaufene Lohnentwicklung, was die Gefahr eines die 2,5-Prozent-Marke übersteigenden Preisanstiegs im kommenden Jahr implizieren könnte. Die Zentralbank hat darüber hinaus eine Verstärkung des restriktiven Kurses angekündigt. Die seit Anfang 2001 laufende spürbare Aufwertung der Krone gegenüber dem Euro – und seit dem Frühjahr 2002 auch gegenüber dem US-Dollar –, die den Exportunternehmen auf dem Festland ohnehin schon Sorgen bereitet, wird dadurch noch verstärkt. Dies bei einem Anstieg der Verbraucherpreise von gegenwärtig $^1/_2$%

(Vorjahresvergleich). Von der monetären Seite ist also alles auf eine Dämpfung der Konjunktur im kommenden Jahr angelegt.

Die Finanzpolitik liegt hingegen – vermutlich auch noch 2003, wiewohl infolge eines geringeren Spielraums für Steuersenkungen spürbar abgeschwächt – auf deutlich expansivem Kurs und steht damit in krassem Gegensatz zur Geldpolitik. Das Kabinett Bondevik hat noch im Herbst 2001 das nur leicht anregend konzipierte Budget 2002 der vorigen Regierung in diesem Sinne revidiert. Im Mittelpunkt stehen Steuersenkungen im Umfang von 7,2 Mrd. NOK: Der Mehrwertsteuersatz für Nahrungsmittel wurde per 1. Januar 2002 halbiert, die Einkommen-, Flug- und Immobiliensteuer sowie die extrem hohe Besteuerung von Alkoholika wurde gesenkt und die Besteuerung von Dividenden abgeschafft. Der Haushaltsüberschuss wurde auf nur noch 173,5 Mrd. NKR (ca. 13$^{3}/_{4}$% des BIP) veranschlagt. Allerdings ist das Wirtschaftswachstum mit 2,7% zu hoch angesetzt, was jedoch durch die mit 1,5% überschätzte Verteuerung der Lebenshaltung teilweise ausgeglichen wird. Die expansive Linie wird durch die im Herbst 2002 eingeführten »Neuen Haushaltsregeln« ermöglicht. Diesen gemäß müssen zwar nach wie vor die laufenden Einnahmen aus dem Erdöl- und Erdgassektor dem »Zukunftsfonds« zugewiesen werden, der später hohe Leistungen der Sozialversicherung sichern soll. Aber der mit 4% kalkulierte jährliche Ertrag des Fonds kann von 2002 an dem Haushalt der Zentralregierung bis zur Höhe des strukturellen Defizits (ohne Öl- und Gassektor) zugeführt werden. Auf dieser Basis ist die Rendite des Anfang 2002 619 Mrd. NOK betragenden Fondskapitals in Höhe von 24,8 Mrd. NOK in den Haushalt eingestellt worden. Eine längerfristige Haushaltsplanung ist auf dieser Basis jedoch nicht möglich. Denn die Zuflüsse zu dem Fonds schwanken mit dem Ölpreis und dem Dollarkurs, und das Fondskapital unterliegt den Schwankungen des Wechselkurses.

Die Einkommenspolitik, seit dem Jahre 2000 die wirtschaftspolitische Achillesferse, ist mit den diesjährigen Lohnabschlüssen von rund 5% in der die Lohnrunde anführenden Privatwirtschaft und etwa 6% im öffentlichen Dienst weiter aus dem Ruder gelaufen; 2003 werden die Tariflöhne ähnlich stark steigen. Bereits 2001 waren die Löhne in annähernd gleichem Maße erhöht worden, basierend auf einem im Mai 2000 erstreikten zweijährigen Abkommen. Nach ermutigendem Anknüpfen an den in der ersten Hälfte der neunziger Jahre stabilitätspolitisch so erfolgreichen, anschließend aber erodierten Sozialpakt (»Solidaritätsinitiative«) im Jahre 1999, hatten extreme Gehaltsaufbesserungen und Aktienoptionszuteilungen, welche sich die Manager vor allem großer Unternehmen zugestanden hatten, hohe Lohnforderungen provoziert, wie das auch in den Niederlanden zu beobachten war. Die Rückkehr zu einer stabilitätsorientierten Einkommenspolitik ist nicht vor 2004 mit dem Abschluss der Lohntarifverträge 2004/2006 möglich.

Integrationspolitisch bleibt die Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (zusammen mit Island und Liechtenstein) der Angelpunkt. Seit dessen 1994 erfolgten Gründung wurden mehr als 4 000 EU-Regularien im Nachvollzug übernommen, ohne dass Norwegen über diese hätte mitbestimmen können. Dies wird zunehmend als Belastung empfunden. Doch zeigt die mit Vertiefung und Erweiterung der EU ohnehin überforderte EU-Kommission wenig Neigung im Sinne eines Einbezugs norwegischer Interessen, auch um nicht noch eine weitere, die Dinge zusätzlich komplizierende Integrationsebene zu schaffen und wohl auch, weil man den EWR als Anachronismus betrachtet. Zwar könnten die Parlamentswahlen im Jahre 2005 von der erneut aufflammenden Diskussion um eine EU-Mitgliedschaft dominiert werden – die meisten maßgeblichen Kräfte im Lande befürworten einen solchen Schritt, aber die Bevölkerung bleibt in dieser Frage gespalten – eine Änderung des Status quo ist mittelfristig jedoch nicht zu sehen. Das hat im Februar 2002 ein Positionspapier der in dieser Frage gespaltenen Regierung klargestellt. Dabei könnte Norwegen überraschend von Seiten Islands unter Druck geraten, wo man die einseitige Übernahme von EU-Regularien satt hat. Dort ist die Willensbildung bei den Parteien zwar noch nicht abgeschlossen, aber die Bevölkerung steht einem EU-Beitritt nicht durchwegs ablehnend gegenüber, zumal die neuformulierte Fischereipolitik der EU den isländischen Interessen entgegenkommt; ca. 70% der Ausfuhr bestehen aus Fischereiprodukten. Das Thema dürfte die im kommenden September fälligen Parlamentswahlen beherrschen. Sollte sich Island jedoch der EU nähern, hätte Norwegen seinen schärfsten Konkurrenten beim Fischexport als Verhandlungsgegner, was eine Revision seiner Stellung gegenüber der EU auslösen dürfte. Gleiches ist denkbar, wenn Dänemark und Schweden, oder gar Großbritannien dem Euro-Raum beitreten. Noch auf Jahre hinaus kann die Regierung infolge ihrer integrationspolitischen Lähmung statt zu agieren nur reagieren und weiter nachvollziehen.

Wirtschaftsentwicklung 2002

Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden angenommen: In den Vereinigten Staaten expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 2%. Nachfrage und Produktion nehmen in Japan um etwa $^{1}/_{2}$% zu. In Mitteleuropa steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um knapp 2$^{1}/_{4}$%. In Westeuropa, in der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um fast 1%; in Deutschland beträgt die Zunahme etwa $^{1}/_{2}$%. Der Importpreis für Rohöl beträgt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt ungefähr 24 US-Dollar pro Barrel. Industrierohstoffe (ohne Öl) sinken gegenüber 2001 um rund 3%. Der

Wechselkurs des Euro liegt im Mittel des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,90 bis 1 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels dürfte in einer Größenordnung von 2³/₄% ausgeweitet werden.

In Norwegen bleibt der private Konsum, kräftig stimuliert von der Wirtschaftspolitik, die entscheidende konjunkturstützende Komponente. Der Staatsverbrauch nimmt mindestens im Ausmaß des Vorjahres zu. Die Bruttoanlageinvestitionen dürften sich zwar allmählich erholen, doch wird sich im Vorjahresvergleich vermutlich nochmals ein Rückgang ergeben. Der Ausfuhranstieg wird gering und wesentlich schwächer sein als die Zunahme der vom lebhaft expandierenden Import angeregten Inlandsnachfrage. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um etwa 1¹/₄% expandieren. Hinter dieser Rate steht die Annahme einer allmählichen konjunkturellen Erholung im Verlauf des Jahres. Hierfür spricht auch die Entwicklung der Klimaindikatoren. Auf dem Arbeitsmarkt bleibt die Situation trotz leicht steigender Arbeitslosenquote zumeist angespannt. Die Verbraucherpreise steigen, wesentlich bedingt durch Sonderfaktoren, nur wenig. Die Leistungsbilanz weist erneut einen sehr hohen Überschuss aus.

Der private Konsum dürfte um reichlich 3% zunehmen, obwohl die Sparquote als Folge der sehr hohen Realzinsen weiter steigt. Anregend wirken die kräftige Erhöhung der realen verfügbaren Einkommen durch starke Lohnsteigerungen, Senkungen direkter und indirekter Steuern sowie die etwa im Rhythmus des Vorjahres wachsende Beschäftigung bei allmählich sinkender Arbeitslosigkeit. Bei dauerhaften Gütern verschiebt sich der Nachfrageschwerpunkt. Während 1999/2001 auch infolge des Booms im Wohnungsbau Einrichtungsgegenstände sehr lebhaft gekauft wurden und die Zulassung neuer Personenautos in einem zyklischen Tief verharrten, werden nun wieder mehr neue Pkw nachgefragt, bei deutlich schwächer expandierendem Absatz von Einrichtungsgegenständen im Zuge des nur noch wenig zunehmenden Wohnungsbaus. Die Kursverluste an den Aktienmärkten beeinflussen das Konsumverhalten nicht nennenswert und wesentlich weniger als in Schweden, wo im Gegensatz zu Norwegen viele Haushalte über Aktien verfügen. Außerdem ist die Bedeutung der Immobilienpreise für das Konsumverhalten sehr viel ausgeprägter als die Entwicklung der Aktienkurse. Und der deutliche Anstieg bei Wohnimmobilien setzt sich fort. Der Staatsverbrauch nimmt neuerlich um rund 2% zu.

Die Bruttoanlageinvestitionen dürften gegenüber 2001 nur geringfügig sinken, was im Verlauf eine Erholung impliziert. Diese kann nun auch für den bedeutenden Off-Shore-Sektor – auf ihn entfallen etwa ein Fünftel der Bruttoanlageinvestitionen – angenommen werden, nachdem hier die Investitionspläne kürzlich heraufrevidiert wurden. Auch wenn dies nach drei Jahren mit jeweils beträchtlichen Rückgängen glaubhaft erscheint, bleibt die Prognose für die Entwicklung in dem außerordentlich volatilen Bereich mit hoher Unsicherheit behaftet. Von dieser Seite werden sowohl Ausrüstungs- als auch Bauinvestitionen stimuliert. Die Unternehmen auf dem Festland werden ihre Investitionen hingegen trotz abgeschaffter Investitionssteuer einschränken als Folge der nur knapp durchschnittlich ausgelasteten Kapazitäten, vielfach unzureichender Gewinne, aufwärts tendierender Zinsen sowie der zunächst noch gedämpften Absatz- und Ertragserwartungen infolge des fortgesetzt starken Lohnanstiegs und der abnehmenden preislichen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber ausländischen Anbietern. Der Wohnungsbau erholt sich allmählich, angeregt durch die günstige finanzielle Lage der privaten Haushalte. Kräftig ausgeweitet werden die Investitionen der öffentlichen Hand. Das gilt besonders für Bauvorhaben im Bildungs- und Gesundheitswesen.

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten
– in % –

	2000	2001	2002[a]			2003[a]		
			SS[b]	NB[c]	OECD[d]	SS[b]	NB[c]	OECD[d]
Bruttoinlandsprodukt	2,4	1,4	1,5	1,3	2,1	1,8	2,5	2,5
Inlandsnachfrage (Festland)	2,9	1,8	2,0	2,5	1,9	2,6	2,5	3,1
Privater Verbrauch	3,5	2,5	3,1	3,5	3,1	3,0	3,3	3,3
Staatsverbrauch	1,2	2,0	1,8	2,0	1,9	1,9	2,3	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	– 1,5	– 4,6	0,9	– 0,2	– 0,6	1,7	4,2	4,2
Exporte[e]	2,9	4,2	1,6	0,3	3,2	2,3	2,7	2,9
Importe[e]	3,2	0,0	3,7	2,2	2,9	4,0	4,7	4,7
Industrieproduktion (ohne Bau)	2,9	– 0,2	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise	3,1	3,0	1,1	1,2	1,2	2,1	2,5	2,5
Arbeitslosenquote	3,1	3,6	3,9	3,8	3,6	4,2	3,7	3,5
Leistungsbilanz[f]	14,3	15,4	n.a.	10,0	15,3	n.a.	9,0	15,5
Finanzierungssaldo des Staates[f]	14,8	15,2	n.a.	n.a.	14,0	n.a.	n.a.	13,9

[a] Schätzungen. – [b] Statistisk Sentralbyrå, Oslo, vom Juni 2002. – [c] Norges Bank, Oslo, vom Juni 2002. – [d] Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris, vom Juli 2002. – [e] Güter und Dienstleistungen. – [f] In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Die Ausfuhr (ca. + 1¼%) von Gütern und Diensten dürfte sich nach dem kräftigen Rückgang im ersten Quartal allmählich erholen. Denn der Export von Rohöl und Erdgas (auf ihn entfielen 2001 46% des Güterexports) wird wieder spürbar ausgeweitet, nachdem die Ölförderung Ende 2001 um 150 000 Barrel pro Tag zurückgefahren worden war, um die Preisstabilisierungspolitik der OPEC – zusammen mit Russland – zu flankieren. Mitte des Jahres ist diese Beschränkung aufgehoben worden, auch weil Russland durch expansive Ausfuhrpolitik Marktanteile zu gewinnen sucht, OPEC-Länder ihre Quoten überschreiten und der Ölpreis (Brent) sich etwa in der Mitte der von der OPEC festgelegten Preisspanne von 22 bis 28 US-Dollar pro Barrel hielt. Der Export »traditioneller« Güter büßt infolge der starken Aufwertung der Krone und des anhaltend kräftigen Lohnstückkostenanstiegs erheblich an preislicher Wettbewerbsfähigkeit ein und nimmt nur wenig zu. Die Einfuhr expandiert lebhaft, stimuliert durch die lebhafte Inlandsnachfrage. Da sich jedoch die Terms of Trade aufwertungsbedingt erheblich verbessern, dürfte die Leistungsbilanz mit einem Überschuss in der Größenordnung von 14% des BIP schließen.

Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage erst gegen Ende des Jahre wieder. Sie bleibt aber sehr günstig. In vielen Sektoren, vor allem in Dienstleistungsbereichen, bleibt der Arbeitsmarkt leergefegt. Hierfür spricht auch die mit 80,7% (2001) nach der Schweiz höchste Erwerbsbeteiligungsquote aller westlichen Industrieländer; der EU-Durchschnitt beträgt 70,7%. Die Arbeitslosenquote nimmt etwas zu – auf rund 3¾%, was nur wenig mehr ist als die strukturelle Arbeitslosigkeit –, und die Beschäftigung steigt gegenüber 2001 kaum.

Der Preisauftrieb ist so niedrig wie noch nie. Die Konsumentenpreise dürften trotz des ausgeprägten Lohnkostenanstiegs und der lebhaften Inlandsnachfrage im Jahresdurchschnitt nur um wenig mehr als 1% steigen. Dies ist auf mehrere Sonderfaktoren zurückzuführen. Erstens verbilligt die starke Aufwertung der Krone die Einfuhr; etwa 30% der Konsumgüter werden importiert. Zweitens wurde zu Jahresbeginn der Mehrwertsteuersatz auf Lebensmittel halbiert und für Alkoholika gesenkt. Drittens liegen die Energiepreise unter dem Niveau von 2001. Und viertens entfällt ein Basiseffekt in Form der Anfang 2001 erhöhten Mehrwertsteuer. Unter Ausschluss der Steuersenkungen und der Energieverbilligung errechnet sich eine Verteuerung der Lebenshaltung um etwa 2½%.

Wirtschaftsentwicklung 2003

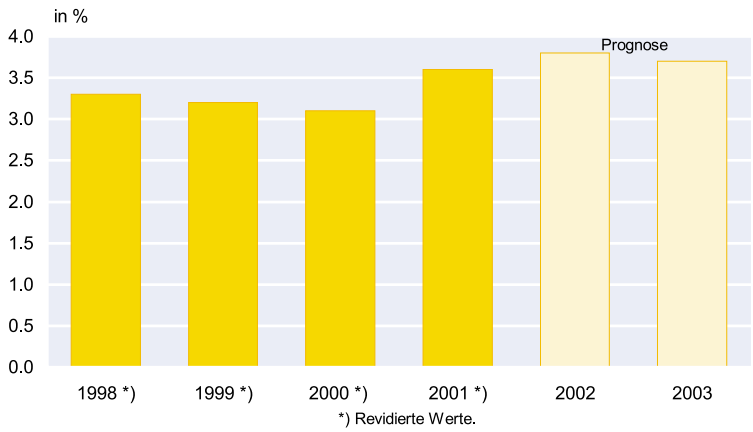
Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden angenommen: In den Vereinigten Staaten expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 2¾%. Nachfrage und Produktion nehmen in Japan um etwa 1% zu. In Mitteleuropa steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3%. In Westeuropa, in der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 2¼%. Der Importpreis für Rohöl beträgt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt ungefähr 24 US-Dollar pro Barrel. Industrierohstoffe (ohne Öl) kosten etwa 7% mehr als 2002. Der Wechselkurs des Euro liegt im Mittel des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,95 bis 1,05 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels dürfte in einer Größenordnung von 7% ausgeweitet werden.

Die norwegische Wirtschaft wächst im Verlauf etwas langsamer, gebremst vor allem von der weniger lebhaften Weltkonjunktur und der Geldpolitik. Und obwohl die Finanzpolitik weniger expansiv wirkt als 2003, gerät sie bei leergefegtem Arbeitsmarkt und anhaltend starkem Lohnauft rieb wieder an den Rand der konjunkturellen Überhitzung.Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte sich um ungefähr 2¼% erhöhen. Der private Konsum bleibt, wenn auch abgeschwächt, die wichtigste Stütze des Aufschwungs, aber auch der Staatsverbrauch wird stetig ausgeweitet. Die Investitionskonjunktur festigt sich etwas. Der Export nimmt moderat zu. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage. Die Konsumentenpreise steigen deutlich rascher als 2002, vor allem weil Sondereffekte entfallen. Die Leistungsbilanz wird wieder einen sehr hohen Überschuss ausweisen.

Der private Konsum dürfte um ca. 2¾% expandieren. Zwar steigen die Reallöhne deutlich langsamer als im Vorjahr, obwohl die Wage-drift mit wachsender Anspannung auf dem Arbeitsmarkt zunehmen wird. Auch ist mit geringeren Steuersenkungen als 2002 zu rechnen, und die Nominalzinsen erhöhen sich nochmals. Aber die Beschäftigung wird bei leergefegtem Arbeitsmarkt stetig ausgeweitet, und die Sparquote dürfte bei sinkenden Realzinsen und vorangegangenem kräftigen Anstieg spürbar zurückgehen. Und schließlich stärken weiter steigende Immobilienpreise die Verschuldungsbereitschaft der privaten Haushalte. Langlebige Güter werden weiterhin lebhaft gekauft. Dabei verschiebt sich das Gewicht mit rascher wachsendem Wohnungsbau wieder mehr in Richtung Einrichtungsgegenstände. Der Staatsverbrauch wird um mindestens 2% und damit weiterhin stetig ausgeweitet.

Die Bruttoanlageinvestitionen (ca. + 3%) erholen sich im Laufe des Jahres. Diese Prognose ist indes schwach basiert, beruht sie doch auf der äußerst unsicheren Annahme einer weiteren Expansion der äußerst volatilen und prognostisch praktisch nicht zu beherrschenden Investitionen im Off-Shore-Sektor. Auf dem Festland dürften die gewerblichen Investitionen zunehmend aufwärts tendieren, angeregt durch die mit fortgesetztem Konjunkturaufschwung verbesserten Absatz- und Ertragserwartungen, allmählich zunehmender Auslastung der Kapazitäten sowie dem star-

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

ken Rationalisierungsdruck, also Folge von starken Lohnerhöhungen und sinkender preislicher Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland. Der öffentliche Bau befindet sich ebenfalls im Aufschwung. Bevorzugt wird im Bildungs- und Gesundheitswesen investiert. Der Wohnungsbau profitiert noch von dem ausgeprägten Realeinkommensschub der privaten Haushalte vom Vorjahr, dem aufwärts weisenden Zinstrend sowie der guten Konjunktur- und Beschäftigungslage.

Die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen dürfte um rund 2½% expandieren. Das wäre deutlich weniger als im westeuropäischen Durchschnitt. Stark bremsend wirkt die deutlich überbewertete Krone. Hiervon sind die »traditionellen« Exportindustrien betroffen, die zudem unter dem massiven Lohnkostendruck leiden. Die Lieferungen von Rohöl und Erdgas können bei mäßig zunehmender Nachfrage nach Energieträgern und schärfer werdendem Kampf der Erdöl- und Erdgasexporteure um Weltmarktanteile nur moderat ausgeweitet werden. Die Einfuhr erhöht sich im Zuge der lebhaften Inlandsnachfrage fast doppelt so stark wie der Export. Bei nochmals verbesserten Terms of Trade dürfte das Aktivum der Leistungsbilanz fast so hoch wie 2002 ausfallen.

Auf dem Arbeitsmarkt nehmen die Spannungen zu, da die Erwerbsbevölkerung nur schwach und die Nachfrage nach Arbeitskräften hingegen spürbar zunimmt. Letzteres gilt vor allem für die öffentliche Hand, die das Personal im Bildungs- und Gesundheitssektor spürbar aufstocken will. Bei stetig, aber langsam zunehmender Beschäftigung sinkt die Arbeitslosenquote leicht auf knapp 3¾%, was etwa der strukturellen Arbeitslosigkeit entspricht.

Mit dem Fortfall der Sonderfaktoren, die 2002 die Inflation so deutlich gedämpft hatten, normalisiert sich der Preisauftrieb. Die Aufwertung der Krone dürfte sich nicht im bisherigen Tempo fortsetzen, indirekte Steuern werden – wenn überhaupt – nur noch wenig herabgesetzt, und die Energiepreise werden zumindest nicht weiter sinken. Gleichzeitig bleibt der Lohnkostendruck bei im Verlauf nur geringer konjunktureller Abschwächung erheblich. Die Konsumentenpreise liegen vermutlich um etwa 2½% über dem Niveau von 2003.

Abgeschlossen am 10. August 2002